

GEMEINSAMER ANTRAG
von ÖVP, SPÖ, KPÖ und GRÜNE
zur
DRINGLICHEN BEHANDLUNG

Betr.: Petition an die Österr. Bundesregierung sich für die Ratifikation der WHO-Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle sowie Ratifikation der Konvention durch die Mitgliedsstaaten der Europ. Union einzusetzen

GR. Univ. Prof. Dr. Heinz Hammer

16.09.2004

Anlässlich der Unterzeichnung der Gründungserklärung des Netzwerkes „Gesunde Stadt“ hat sich die Stadt Graz am 16. 9. 1992 dazu bekannt Schwerpunkte im Bereich der Gesundheitsförderung zu setzen. Ein wichtiger Schwerpunkt ist die Nikotinabhängigkeit, die laut einer Studie der WHO aus dem Jahr 2002, in Europa und weltweit die wichtigste Todesursache ist.

Das „Grazer Gesundheitsforum“ setzt gegenwärtig mit dem Arbeitskreis „Rauchen“ einen Schwerpunkt dessen Handlungsmöglichkeiten allerdings unter anderem durch Bundesgesetze vorgegeben und eingeschränkt werden.

Die Österreichische Bundesregierung bekennt sich zur Gesundheitsvorsorge und hat auch am 28. Juli 2003 die WHO Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle (Framework Convention on Tobacco Control – FCTC) unterzeichnet. Die Rahmenkonvention hat das Ziel Regierungen zu Tabakkonsum - reduzierenden Maßnahmen zu verpflichten und sie wird in Kraft treten, sobald sie von 40 Staaten ratifiziert wurde. Bisher ist dies in 22 Staaten erfolgt, darunter den EU Staaten Ungarn, Malta und Slowakei. In diesen Staaten wird auch bereits mit der Umsetzung der Rahmenkonvention begonnen.

Um weiterführende Aktivitäten auf dem Gebiet der Nikotinprävention auf Gemeindeebene zu ermöglichen, sowie die Bundesregierung in der raschen Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen der Gesundheitsvorsorge zu bestärken, stelle ich daher namens der im Gemeinderat vertretenden Parteien von ÖVP, SPÖ, KPÖ und GRÜNE den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge in einer schriftlichen Petition die Österreichische Bundesregierung ersuchen:

1. die Ratifikation der WHO Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle durch den österreichischen Gesetzgeber so rasch als möglich in die Wege zu leiten, und
2. sich für die Ratifikation der Konvention durch die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union einzusetzen

A N T R A G
zur
d r i n g l i c h e n B e h a n d l u n g

Betr.: Drogenspritzen - Problematik in öffentlichen WC Anlagen.

Die Mitarbeiter der von der Stadt Graz mit der Reinigung der WC Anlagen beauftragten Firma Dr. Schilhan machten aktuell darauf aufmerksam, dass die Anzahl der gefundenen Drogenspritzen auf öffentlichen Toiletten besorgniserregend angestiegen ist.

Vor allem betroffen sind die WC Anlagen Jakominiplatz, Hauptplatz und Volksgarten. Bei einer Zählung innerhalb einer Woche wurden alleine in diesen drei Anlagen rund 100 Spritzen (lt. Mitarbeiter der Fa. Dr. Schilhan) eingesammelt.

Entsprechend des allgemeinen Wissenstandes geht von herumliegenden gebrauchten Spritzen im öffentlichen Raum eine große Gefährdung der Bürgerinnen und Bürger, sich mit ansteckenden Krankheiten, wie beispielsweise HIV oder Hepatitis A,B,C zu infizieren, aus.

Neben der präventiven Arbeit gegen den Drogenkonsum muss die Stadt Graz die davon ausgehende, dargelegte gesundheitliche Gefahr mit aktiven Maßnahmen bekämpfen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g,

der Gemeinderat möge beschließen:

Die zuständigen Stadtsenatsmitglieder werden beauftragt, gemeinsam mit ExpertenInnen unverzüglich Maßnahmen gegen die Problematik der Drogenspritzen in öffentlichen WC-Anlagen zu entwickeln und dem Gemeinderat darüber zu berichten.

Betr.: Park & Ride Mariatrost –
Sofortige Beendigung der Planungsarbeiten
und Suche nach Alternativmöglichkeiten

Gemeinsamer Dringlicher Antrag von SPÖ, KPÖ, GRÜNE und FPÖ

an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Edeltraud Meisslitzer
in der ordentlichen Sitzung des Gemeinderates
vom 16. September 2004

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren!

Seit Monaten sorgt der höchst umstrittene Plan, in Nachbarschaft der Tannhofsiedlung in Mariatrost eine Park & Ride-Anlage mit 500 Stellplätzen inklusive Freizeitpark zu errichten, nicht nur unter den betroffenen AnrainerInnen für allergrößte Bestürzung und Unmut. Denn statt die Park & Ride-Möglichkeiten bereits dort, wo der Verkehr anfällt, nämlich in den Regionen auszubauen und eine funktionstüchtige ÖV-Verbindung aufzubauen, soll inmitten eines Wohngebietes auf einem als Freiland gewidmeten Grundstück und noch dazu auf einer Feuchtwiese, die als Wasserspeicher dient, ein Großparkplatz entstehen. Es liegt auf der Hand, dass die damit verbundenen Umweltbelastungen (Lärm, Luft, Staub, vermehrte Hochwassergefahr usw.) zu einer massiven Verschlechterung der Lebensqualität für die Bevölkerung führen würden. Doch nicht nur das: Gegen diese Park & Ride-Lösung und das damit verbundene Verkehrsaufkommen spricht auch, dass sich in unmittelbarer Nähe eine Volksschule, ein Kindergarten und eine Krabbelstube befinden. Denn dass zusätzliches Verkehrsaufkommen für die Kinder ein Mehr an Gefährdung bedeutet, ist ja wohl klar.

Zwar wurde mittlerweile auch vom zuständigen Verkehrsreferenten dieses Tannhofweg-Projekt – wahrscheinlich nicht zuletzt angesichts des Widerstandes der Bevölkerung und negativer Stellungnahmen von ExpertInnen - vorläufig einmal auf Eis gelegt und der Suche nach Alternativen Priorität eingeräumt. Was aber noch lange nicht heißt, dass es damit auch wirklich endgültig vom Tisch ist, man wolle es für den Fall der Fälle gleichsam in der Hinterhand behalten.

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ein schlechtes Projekt wird nicht dadurch besser, dass es einige Zeit in einer Schreibtischlade abliegt und in ein paar Monaten wieder hervorgezaubert wird! Und es wäre auch unverantwortlich gegenüber den betroffenen AnrainerInnen, sie weiter darüber in der Ungewissheit leben zu lassen, ob diese Park&Ride-Anlage trotz ihres Widerstandes, trotz massiver Einwände und Bedenken auch von Fachleuten kommt oder nicht kommt. Dass die Verkehrssituation in der Mariatroster Straße auf Grund

der starken EinpendlerInnenströme überaus angespannt ist, das ist klar. Umso wichtiger wäre es, möglichst rasch umsetzbare Lösungen zu finden gemeinsam mit der gesamten Bezirksvertretung, gemeinsam mit den Mariatroster AktivbürgerInnen, und vor allem auch gemeinsam mit den Umlandgemeinden.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der SPÖ, KPÖ, GRÜNE und FPÖ Gemeinderatsfraktionen folgenden

dringlichen Antrag:

1. Die zuständigen Stellen der Stadt bzw. die GPG werden aufgefordert,
 - a) jegliche weitere Vorarbeiten für das Projekt Park & Ride-Platz Mariatrost im Bereich der Tannhofsiedlung umgehend einzustellen und nach realisierbaren Alternativen zu suchen.
 - b) unter Einbindung der gesamten Bezirksvorsteherung sowie der Mariatroster AktivbürgerInnen und die Einrichtung sozial verträglicherer, kleinräumigerer Park & Ride-Möglichkeiten im Einzugsgebiet der Mariatrosterstraße in Angriff zu nehmen.
2. Der Bürgermeister wird ersucht, an den Verkehrsreferenten des Landes und an BürgermeisterInnen der Umlandgemeinden heranzutreten, damit entlang der so genannten Pendlerkorridore einerseits bedarfsgerechte Park & Ride-Plätze errichtet werden, um PendlerInnen bereits in Wohnortnähe das Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel zu erleichtern, und andererseits eben die dafür erforderlichen ÖV-Verbindungen zu attraktivieren bzw. einzurichten.

Betr.: Gleichgeschlechtliche Partnerschaften
Petition an den Bundesgesetzgeber

Gemeinsamer Dringlicher Antrag von SPÖ, KPÖ und Grüne

an den Gemeinderat
eingebracht von Herrn Gemeinderat Karl-Heinz Herper
in der ordentlichen Sitzung des Gemeinderates
vom 16. 9. 2004

Auch in Österreich kann die Politik nicht mehr länger so tun, als gäbe es außer Ehe und Familie keine anderen Modelle menschlichen Zusammenlebens. Höchste Zeit für einen Kurswechsel – ich zitiere der Landesgeschäftsführer der ÖVP-Steiermark, Andreas Schnider.

Denn richtig ist: Die Bandbreite an Entscheidungsmöglichkeiten für eine Lebensform ist heute vielfältig wie nie zuvor: Ehen, Familien, Patchworkfamilien, Alleinerzieher/innen, heterosexuelle Lebensgemeinschaften, homosexuelle Lebensgemeinschaften, Singles – dies alles sind Lebensformen, aus denen man bzw. frau für sich wählen kann.

Dem Positiven, nämlich dass diese Lebensformen – in Österreich wie europaweit - weit gehend gesellschaftlich akzeptiert werden, steht allerdings in Österreich eine weit weniger positive Besonderheit gegenüber: Denn praktisch die einzige Lebensform, die mit allen Rechten ausgestattet ist und damit praktisch als Einzige gleichsam „staatlich anerkannt“ ist, das sind Ehe und Familie.

Die Frage zu stellen, ob dies sozial gerecht, ob dies verantwortbar sei, erübrigt sich: Wenn wir davon ausgehen, dass den Menschen unseres Landes, dass den österreichischen StaatsbürgerInnen gleiche Pflichten eingeräumt werden, dann wäre es geradezu paradox, diesen StaatsbürgerInnen dann, wenn es um die Wahl der persönlichen Lebensformen geht, ungleiche Rechte zuzugestehen. Und deshalb, und auch da teile ich die Meinung von Kollegen Schnider, ist die aktuelle Debatte über die rechtliche Diskriminierung homosexueller Partnerschaften höchst angebracht. Zitat Schnider, und dem ist wohl nichts hinzuzufügen: „Müssen wir uns nicht eingestehen, dass dogmatische Positionen vielfach überholt sind und einer moderneren, liberaleren Auffassung menschlichen Zusammenlebens weichen sollten, wie es außerhalb von Ehe und Familie ja längst Realität ist, vom Gesetzgeber aber einfach nicht wahrgenommen werden will?“

Deshalb ist die aktuelle Debatte über die rechtliche Diskriminierung homosexueller Partnerschaften höchst angebracht. Und müsste nicht eine Konsequenz dieser

Diskussion auch sein, endlich einmal eine ehrliche komplexe Analyse unserer Gesellschaft zu erarbeiten und wirklich die Frage zu stellen, wie wir heute leben?

Ich denke, es ist wirklich an der Zeit, dass sich auch Entscheidungsträger nicht mehr hinter ideologischen motivierten Gesetzen verschanzen, sondern neue Regelungen treffen, die dem Bild unserer Gesellschaft entsprechen und die sozial und ökonomisch gerecht sind. Wir sollten nicht in der Defensive verharren, indem wir uns auf bestehende Gesetze versteifen, sondern der Menschlichkeit den Vorrang geben.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der SPÖ, KPÖ und Grüne Gemeinderatsfraktionen den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz möge in einer Petition den Bundesgesetzgeber auffordern, raschest möglich ein Rechtsinstitut „Eingetragene Partnerschaft“ für gleichgeschlechtliche Paare nach dem Vorbild der europäischen Staaten Dänemark (seit 1989), Norwegen (seit 1993), Schweden (seit 1995), Grönland (seit 1996), Island (seit 1996), Niederlande (seit 1998), Deutschland (seit 2001) oder Finnland (seit 2002) zu schaffen. Dies würde vielen Menschen in Österreich rechtlich neue Rahmenbedingungen beschere, die ihnen ein würdevolleres Leben garantieren könnten. Ein Leben, dass nicht aufgrund persönlicher Entscheidungen für eine Lebensform automatisch eines erster oder zweiter Klasse ist.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 16. September 2004

Gemeinderat: Mag. Andreas Fabisch

Gemeinsamer dringlicher Antrag an den Gemeinderat von KPÖ, Grüne... (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betreff: Erhaltung der Zweigstellen der Stadtbücherei

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Stadt Graz hat einen Kulturauftrag, der sich nicht auf Kunsthaus, Oper, Stadthalle oder Events beschränken darf. Gerade die städtischen Büchereien mit ihren Zweigstellen in den Bezirken leisten sehr viel, um der Bevölkerung Information, Wissen und Literatur für alle Altersstufen zukommen zu lassen. Dieses Angebot kommt vor allem auch kinderreichen Familien und Menschen mit niedrigem Einkommen zu Gute.

Unserer Auffassung nach ist es falsch und für die Zukunft unserer Kinder höchst problematisch, im Zuge der sogenannten Aufgabenkritik Zweigstellen der Stadtbibliothek zu schließen. Den Bücherbus dorthin zu schicken, wo eine Zweigstelle der Bücherei geschlossen wurde, wäre ein Rückschritt.

Wie sensibel diese Frage ist, zeigen die vielfältigen Initiativen zur Erhaltung der Büchereien in den Bezirken.

Deshalb stelle ich namens der Gemeinderatsklubs von KPÖ und Grünen folgenden

Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz lehnt jede Einschränkung bzw. Veränderung des bestehenden Angebots von Zweigstellen der Stadtbibliothek ab.

Gemeinderätin
Dr. Andrea Sickl

An den
GEMEINDERAT
der Landeshauptstadt Graz

13.09.2004

Betrifft: **Arbeitskreis „Sicherheit“.**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

5.000 bis 6.000 Ladendiebstähle pro Jahr in Graz, Tendenz steigend, 5.500 Anzeigen bei der Grazer Polizei wegen Taschendiebstahls. Gestohlen wird, so scheint es zumindest, alles was nicht niet und nagelfest ist. Und auch bei schwerem Gerät wird nicht Halt gemacht, es werden immer mehr Baumaschinen, zuletzt eine tonnenschwere Walze, entwendet. Diebstähle, die nach Angaben der Polizei, zum Teil der sogenannten Beschaffungskriminalität zuzuordnen sind, zum Teil auf das Konto organisierter Täter aus dem Osten gehen. Daneben stehen aber auch Einbrüche und Raubüberfälle, Nötigung, gefährliche Drohung, Körperverletzungen und Vergewaltigungen nahezu auf der Tagesordnung.

Die Kriminalstatistik für das erste Halbjahr 2004 verzeichnet einen Anstieg der Zahl an Straftaten von 6,6 Prozent. Es ist nicht verwunderlich, dass auch in Graz, so wie in anderen Städten Europas, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung schwindet. Verständlich ist daher der Ruf nach mehr Schutz, mehr Sicherheit, mehr Polizei. Diese reagiert auch mit Schwerpunktkaktionen, verstärkte Streifen zeigten sogar Erfolge. Vorsichtsmaßnahmen, wie das Verschließen von Handtaschen, die getrennte Aufbewahrung von Bankomatkarte und Code, werden über die Printmedien empfohlen.

Ein Blick über den Stadtrand hinaus zeigt, dass nicht nur in Graz die steigenden Kriminalität zum Problem wird, dem es sich zu stellen gilt. Das Rad muss nicht immer neu erfunden werden, deutsche Städte, wie Frankfurt und Stuttgart haben zum Teil interessante und durchaus nachahmenswerte Lösungsansätze gefunden. So wird vor allem der Kriminalprävention größte Beachtung geschenkt, auch gibt es Ordnungsämter, Sicherheitstelefone und Präventionstage, bei denen sich Experten austauschen. Auch in Österreich ist man nicht untätig, bereits 1998 wurde der Verein, „Das österreichische Zentrum für Kriminalprävention“ gegründet.

Ich glaube, dass sich auch der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz dem Thema Kriminalität und Sicherheit widmen muss. Dabei sollte in Anlehnung an den Arbeitskreis Feinstaub, der Weg des gemeinsamen Miteinanders, frei von parteipolitischen und ideologischen Zielen gewählt werden. Ein Arbeitskreis Sicherheit, dem jeweils ein Mitglied, aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, Vertreter der Bezirke und der Polizei, sowie Experten angehören, sollte sämtliche Ansätze, die erfolgversprechend sein könnten prüfen, in anderen Städten recherchieren und auch unter Einbeziehung der Bevölkerung ein sogenanntes Sicherheitspaket schnüren, das von der Kriminalprävention, bis hin zur Verfolgung Krimineller alles enthält, was verspricht, die derzeit noch steigende Kriminalität in Graz zu senken.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

DRINGLICHEN ANTRAG

der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz ersucht Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, einen Arbeitskreis einzurichten, mit dem Ziel, in Graz die steigende Kriminalität wirkungsvoll zu bekämpfen. Dem Arbeitskreis sollen Vertreter aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, Vertreter aus den Bezirken, der Grazer Polizeidirektion sowie namhafte Experten angehören. Der Arbeitskreis soll spätestens bis zum Ende dieses Jahres dem Gemeinderat einen Zwischenbericht liefern und darin unter anderem berichten, wann mit einem für den Gemeinderat beschlussreifen Endbericht, dem sogenannten Grazer Sicherheitskatalog, zu rechnen sein wird.